



AUSGABE 1

unbezahlbar

Januar 2012

# Büro Soziale Stadt

Magazin für das Ostufer



**Dringend gesucht:  
Leuchten für die Denkfabrik**

Es handelt sich um eine ehrenamtliche Tätigkeit. Persönliche Vorteile nicht ausgeschlossen.  
Bewerbungen an: Oberbürgermeister T. Albig, Fleethörn 9 - 17, 24107 Kiel, E-Mail: [Torsten.Albig@kiel.de](mailto:Torsten.Albig@kiel.de)

# INHALT



## WORTHÜLSEN ODER INHALTE?

\_\_ DREI

Wann endlich kommt  
die Denkfabrik Gaarden?

## BRIEF AN DEN OB

\_\_ VIER

Was ist mit der Denkfabrik?

## SCHWALL SCHUBIDU

DUMPF FALLERA

\_\_ FÜNF

Wir begrüßen alle Maßnahmen und  
bedanken uns dafür



## VIEL GESCHWAFEL UM NICHTS

\_\_ FÜNF

Heiße Luft als Inhalt

## IMAGE STATT INFRASTRUKTUR

\_\_ SECHS

Die Stadt braucht neue Bewohner

## WIR MACHEN DEN WEG FREI

\_\_ SIEBEN

Jäger 90/ Die (Oliv)Grünen



## KRASS UND KONKRET

\_\_ ACHT

SPD und Grüne und die Sorge um  
die Arbeitslosen

## KEINE VERDRÄNGUNG - EHRlich

\_\_ NEUN

vom Büro Soziale Stadt und ande-  
ren vertrauenswürdigen Akteuren

## 95 FORDERUNGEN

\_\_ ZEHN

Die ersten 20





**INIGAARDEN**

IniGaarden Illtisstraße 39 24143 Kiel

Oberbürgermeister  
Torsten Albig  
Fleethörn 9-17

24103 Kiel

Kiel, 07.12.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Albig,

Am 9.06.2011 hat die Ratsversammlung den Antrag 0289/2011 beschlossen. Demnach soll als eine zentrale Maßnahme die Denkfabrik Gaarden eingerichtet werden.

*„Als Ergänzung zu den Arbeitsstrukturen in der Verwaltung wird zunächst für die kommenden drei Jahre eine „Denkfabrik“ eingerichtet, in der die Lage in Gaarden auf der Basis eines allgemein zugänglichen, laufend angepassten Datenpools dauerhaft und umfassend analysiert, bewertet und Vorschläge für innovative und unkonventionellen Strategien und Maßnahmen entwickelt werden. Das JobCenter ist einzubinden, bei Bedarf werden weitere ExpertInnen aus Wirtschaft (einschl. Wohnungswirtschaft), Wissenschaft, Polizei, Wohlfahrt und den Unternehmen und Gesellschaften der Stadt hinzugezogen.“*

Wir bitten um Mitteilung über den Stand der Maßnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Mirco Hammer

# SCHWALL SCHUBIDU DUMPF FALLERA

**Alle Jahre wieder erscheinen der Integrationsbericht der Stadt Kiel und eine Stellungnahme des Forums für Migranten. Integrationsbericht und Stellungnahme helfen den den Migrantinnen und Migranten wenig – spielen aber allen Gegnern jeglicher Integration durch diese Art der „Eine Hand wäscht die Andere“-Stellungnahme in die Hände.**

Der Integrationsbericht zählt nur Maßnahmen auf und bildet Bedarfe ab. Beides ist jedoch meilenweit entfernt von einer wirklichen Integrationsleistung. Die plumpe Aufzählung sagt nichts über die tatsächlichen Integrationsleistungen, die ja angeblich verbessert werden sollen. Es werden nur die beschrittenen Wege betrachtet und das ist alles. Ergebnisorientierung Fehlanzeige.

Zudem werden an vielen Stellen Behauptungen aufgestellt, die nicht mit Fakten oder Daten belegt werden.

Noch schlimmer steht es mit der Stellungnahme des Forums für Migranten. Die angebliche Stellungnahme begrüßt die Rückmeldungen der Akteure, dankt ihnen und beschreibt die Aufgaben im Rahmen des Integrationsprozesses.

Feststellungen darüber, ob der Integrationsprozess (bzw. die Integrationsprojekte) gelingt oder scheitert und ob die ergriffenen Aktivitäten Sinn machen oder nicht, tauchen weder im Bericht noch in der Stellungnahme auf.

Wie gut trifft es sich da, wenn diese Feststellungen erst dann ge-

troffen werden können, wenn erst einmal Indikatoren benannt sind. Die müssen allerdings erst noch für das bereits in Auftrag gegebene Monitoring festgelegt werden. Das geht nicht so schnell, weil dazu noch statistische Daten erhoben werden müssen.

Solange diese Indikatoren noch nicht vorliegen, gibt es auch keine belastbaren Zahlen über Effekte und keine begründbare Bewertung der unterschiedlichsten Aktivitäten, der verschiedensten Akteure sowie ihrer vielfältigen Netzwerke.

Da weder die Stadt noch das Forum diese Daten haben, kann keiner sagen, ob der Integrationsprozess gelingt oder gar scheitert?

Der Integrationsbericht und die Stellungnahme des Forums für Migranten sind ein unsägliches Schwall-schubidu-dumpf-fallera. Alles wird als Schritt in die richtige Richtung unterstützt, obwohl keine eigenen Aussagen getroffen werden können, weil auf das Monitoring gewartet werden muss. Bis dahin werden sich alle beteiligten Akteurinnen und Akteure im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter bestens bemühen und noch besser berichten, weshalb all das bisher Finanzierte auch weiterhin finanziert werden muss.

Bei soviel Danke möchten auch wir einen Dank an die Verwaltung und die beteiligten Projektträger richten, die bei der Verfassung dieser unabhängigen Stellungnahme wertvolle Formulierungshilfe geleistet haben. Fristwährend bitten wir diese Stellungnahme vorab auch bereits als Stellungnahme für das nächste Jahr zu verwenden.

## VIEL GESCHWAFEL UM NICHTS

Der Integrationsbericht stellt starke Behauptungen auf, die an keiner Stelle mit Daten und Fakten belegt werden. Der Bericht verweist auf „sehr konkrete Maßnahmen“, ohne sie mit Ergebnissen zu belegen. Weshalb also diese Betonung? Würden sonst eher keine oder nur „unkonkrete“ umgesetzt?

Der Bericht bildet viele Bedarfe ab. Aber die bloße Abbildung ist weit entfernt von einer tatsächlichen Integrationsleistung.

Was als „Grundlage für eine nachhaltige Wirkung“ beschrieben wird, ist bestenfalls eine Selbsttäuschung. Es werden Modellprojekte mit befristeter Beschäftigung gerechtfertigt, obwohl von Anfang an klar ist (teilweise sogar als Bedingung der Genehmigung von Fördermitteln), dass das Projekt eben nur ein befristetes Modell ist, bei dem nicht von einer Anschlussfinanzierung eben nicht ausgegangen werden kann. Also muss danach ein neues Projekt her. So reiht sich dann ohne Ziel Projekt an Projekt-

„Mit sehr genauem Blick auf die jeweiligen Adressaten können weitere Aktivitäten nötig und sinnvoll sein, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Migrantinnenorganisationen, um die hier vorhandenen Kontakte und Vertrauensverhältnisse einzubinden.“ Verstanden? Nun, prima ist, dass die Akteure schon 2011 darauf

men, dass eine Zusammenarbeit mit Migrantinnenorganisationen sinnvoll sein könnte.

Auch weitere Aktionen werden von den Akteuren als dringend notwendig erachtet. Dabei geht es natürlich um eine neue Selbstbeauftragung mit der eingebauten Kondition „nach genauem Blick ... könnte ...“ Was bei den einen für neue Umsätze sorgt, muss bei der Stadtverwaltung als Entschuldigung/Entlastung für in der Berichtsperiode unterlassene Aktivitäten herhalten.

Es wird viel geschwafelt, aber letztlich nichts gesagt. Das ist auch das Fazit der Stellungnahme. Es kann eigentlich nichts gesagt werden und deshalb soll jetzt ein Monitoring her. (Wozu gibt es eigentlich seit Jahren Sozialberichte, die offensichtlich nutzlos waren?)

Nichts gegen ein Monitoring, wenn es den wirklich dazu führt, dass Ziele benannt und überprüft werden können - aber auch ein noch so perfektioniertes „Controlling“ bleibt folgenlos, wenn nicht die Umsetzung mit samt den finanziellen, personellen und organisatorischen Erfordernissen im Fokus bleibt.

Konzeptionierung 6.0 gegen Umsetzung 1.0. Was bleibt sind wohlfeile Absichten fürs Politikmarketing und mangelhafte bis ungenügende Umsetzungen der Absichten.

# DAS IMAGE IST AUSSCHLAGEBEND - NICHT DIE INFRASTRUKTUR

Gleich, ob es um die Fördeplanung, die Innenstadt oder Gaarden geht - in Veranstaltungsreihen und Symposien taucht immer die Imagefrage auf. Da der Stadtmarketing GmbH der zündende Gedanke nicht kommen will, sollen KielerInnen und Kieler sich den Kopf darüber zerbrechen, welches Image Kiel braucht.

Dabei geht es um ein Leitbild, das stark von Unternehmensberatungen beeinflusst ist. So hat McKinsey seit 2004 eine ganze Reihe mehr oder weniger gleichlautender Konzepte für lauter höchst originelle nordeuropäische Global Cities im Wartestand verfasst. So finden sich dieser Leitfaden auch im INSEKK, das sich auf die Berater von PriceWaterhouseCoopers bezieht (vgl. [http://hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/Zukunftschance\\_Kreativitaet\\_Screen.pdf](http://hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/Zukunftschance_Kreativitaet_Screen.pdf)).

Zu diesem Leitbild gehört die Marke Kiel, die Unternehmen und Investoren ebenso anziehen soll wie Besserverdiener und Touristen. Dazu gehört auch, die Innenstadt als Wohnstandort in Stand zu setzen. Der innenstadtnahe Stadtteil wie Gaarden soll aufgewertet werden. Die steuerliche Begünstigung auch des Altbaubestandes sowie ein Paradigmenwechsel in der Stadtplanung sollen den Wettbewerb um ruhige, innenstadtnahe gelegene Wohnstandorte unterstützen.

## Wer soll in der Stadt wohnen?

Der Kasinopolitik folgend soll mit einer Wette auf die Zukunft eine „Sogwirkung“ auf Fachkräfte, auf Studierende, Unternehmer und Investoren aus dem In- und Ausland ausgeübt werden.

Die städtische Politik und Verwaltung wird durch die strategischen Ziele auf die Schaffung von Rahmenbedingungen festgelegt. Die werden schön oberflächlich formuliert verkauft und bieten kaum klare überprüfbare Zielvorgaben. Sie wirken aber dennoch regulierend und eingreifend - und genauso so wie sie sich herstellen lassen, können sie wieder dementiert werden. Die Unbestimmtheit der strategischen Zielen hat zudem den Vorteil, dass alles passend gemacht werden kann.

Vergleichbare und größere Städte in Nordwesteuropa (Oslo, Kopenhagen, Amsterdam, Hamburg, Rostock, Leipzig usw.) setzen - wen wundert es - auf ebenso auf diese „Inhalte“.

Sie beinhalten u.a. die Behauptung, dass neue Bauwerke die vergegenständlichte Zukunft der Stadt darstellen - eine reine reine Spekulationen. Zwar wird vorgegeben, ein Gestaltungspotential zu definieren, aber das ist nichts Neues. Neu ist vielleicht, dass das es schwierig sein mag, die den Bildern innewohnende Ideologie zu erkennen,

So enthalten Vorhaben wie eine Wasserverbindung zwischen Kleinem Kiel und Bootshafen eine neue Vorstellung lokaler Stadt-Raum-Verhältnisse. Leuchttürme sollen als Bilder für die undefinierte Zukunft dienen; die Identität der „neuen Stadt“ mit

einer magischen Wirkung verknüpfen. Sie sollen - so wird versucht unterschwellig an die Frau und den Mann zu bringen - mehr oder weniger allein durch die Kraft ihrer Strahlkraft die Lösung der der Probleme bewirken (und damit auch der sozialen Probleme, indem sie Orte, an denen sich Empörung und Wut entwickeln, in den Schatten stellen).

Die Macht zur Gestaltung, die sich die aktuelle Stadtpolitik in Kiel und anderen Städten zuschreibt, ein reiner Mythos. Die Produkte des Stadtmarketings wie „Sailing City“, „Wir Kieler“ usw. stellen eine langweilige Sammlung von Symbolen, Zeichen und Konzeptionen dar, die soziale Realitäten in ihrer Wirkungsmacht und Dynamik außer Acht lassen.

Die strategischen Ziele beleuchten zudem das Drama der zentralstaatlich definierten und spätestens durch die Politik der Rot-Grünen (Schröder-Fischer) Bundesregierung dauerhaft gemachten Krise des städtischen Haushalts.

Die Leitbilder haben mit früheren Beschwörungen gemeinsam, dass es sich um ein Pfeifen im Dunkeln handelt. Sie gehen davon aus, dass die Stadtökonomie steuerbar sei und die seit über einem Jahrhundert bekannten Verwerfungen und Unberechenbarkeiten der kapitalistischen Wirtschaft nicht existieren.

Was sich verändert hat ist die Form der Regulierung. Beim „Good Governance“ („Gutes Regieren“) arbeiten die Ärzte weiter am Krankenbett, die Therapie wird immer teurer - aber ob sie dem Patienten hilft und ob der Patient überlebt bleibt eine Schicksalsfrage.

Bei den beschworenen Zukunftstechnologien, den beschworenen Investoren, Touristen und Besserverdienern geht es immer um bislang noch nicht existierende Menschen, die in die Stadt kommen sollen. Die Stadt investiert in die Bewerbung dieser Menschen. Dazu hat sie das richtige Umfeld für die Investoren zu schaffen, die kommunale Haushaltskrise zu lösen usw.. Eingesetzt werden dabei all die Mitteln, die ein Teil der aktuellen Dauerkrise sind.

Das die Rechnung nicht aufgeht, weil die Haushaltskrise neben der zentralstaatlichen Steuerpolitik vor allem durch die Entwicklung des Masseneinkommens sowie die lokale Verantwortung für die Massenerwerbslosigkeit ausgelöst wurde, spielt in den Überlegungen auch in Kiel keine Rolle. Es gibt auch keine Überlegungen, ob die neuen Menschen, die kommen sollen, falls sie denn in solchen Massen existieren, der Stadtökonomie mehr Ressourcen verschaffen, als sie selbst verbrauchen. Immerhin müssten sie die erbrachten Vorleistungen, den Konsum öffentlicher Dienstleistungen und den Gebrauchs der öffentlichen Infrastruktur wieder einbringen.

\* Los Angeles School of Urbanism

# TODESGRÜNO

KÄMPFT FÜR EINEN  
NACHHALTIGEN STADTUMBAU



*Wir machen den Weg frei  
für Investoren*

JÄGER 90  
(OLIV)GRÜNE



# KRASS UND KONKRET

**Schon klar. Nichts liegt der städtischen Kooperation aus SPD und Grünen näher, als das Wohl der Arbeitslosen. Wie oft bringt deren Schicksal rechtsschaffene Rats Herrn wie Herrn Michael Schmalz (SPD) oder Sharif Rahim (Grüne) um den gerechten Schlaf?**

Was? Das stimmt gar nicht? Im Gegenteil, sie haben kein Problem damit, wenn es darum geht den Arbeitslosen ihre berechtigten Ansprüche vorzuenthalten. Also das können wir uns nun wirklich nicht vorstellen.

Was ist passiert? Bereits seit dem 01.12.2010 haben die Bezieher von Leistungen nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) und SGB XII (Grundsicherung) Anspruch auf höhere Leistungen für ihre Unterkunft, wenn sie in Ein- oder Zweipersonenhaushalten leben. Im vollen Wissen um die Rechtswidrigkeit ihres Handelns brachten SPD, Grünen und SSW am 24.11.2011 einen Antrag ein, der zum Inhalt hat, dass die höheren Zuzahlungen erst ab dem 01.01.2012 und damit über ein Jahr später ausbezahlt werden. (siehe: <http://www.kiel.de/rathaus/ratsinfosystem> unter Drucksache 0730/2011).

Rats Herr Michael Schmalz (SPD) stellte in seiner Begründung zu dem rechtswidrigen Vorgehen in der Ratsversammlung lapidar fest, dass sei „nicht optimal gelaufen“ und begründete den Antrag damit, dass eine rückwirkende Korrektur der Mietobergrenzen „die Verwaltung lahmlegen“ würde.

Ausgerechnet Rats Herr Schmalz, die Speerspitze des Sozialen in der örtlichen SPD, begründete den Antrag damit, dass die rechtlich korrekte rückwirkende Korrektur der Mietobergrenzen „die Verwaltung lahmlegen würde“.

Wie? Was? Die Inanspruchnahme eines Rechtsanspruchs legt eine dem Recht verpflichtete Behörde lahm? Schmalz sagt also die Behörde funktioniert nicht - oder funktioniert sie immer häufiger dann nicht, wenn es um die Rechtsansprüche wenig Bemittelter geht.

Was ist das Rats Herr Schmalz? Zu lange als Betriebsrat bei der Landesbank und bei der HSH gewesen und dort den Verlust der Restmoral erlitten? Und was? Sie sind auch noch Mitglied im Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Kiel und Mitglied im Beirat des Jobcenter Kiel? Au weia!

Noch dreister und wahrscheinlich von allen guten Geistern verlassen ...pardon.. von allen sozialen Gedanken verlassen setzte Rats Herr Sharif Rahim noch einen drauf und forderte in der Ratsversammlung, „die Möglichkeit der rückwirkenden Leistungserbringung doch bitte „nicht an die große Glocke zu hängen“. (Kieler Nachrichten vom 25.11.2011)

So sie also aus, die Sorge um die Arbeitslosen bei SPD, Grünen und all den Parteien aus, die nicht widersprachen aus. Da glauben wir natürlich sofort, wenn der Kandidat OB Albig bei der Ansiedlung von Möbelkraft nur eben diese Arbeitslosen im Kopf hat.

Diesem Beschluss widersprochen hat OB Albig nicht - obwohl er als Oberbürgermeister 14 Tage lang die Möglichkeit dazu hatte.



# KEINE VERDRÄNGUNG - EHRlich

## vom Büro Soziale Stadt und anderen vertrauenswürdigen Akteuren

Dem Stadtteil Gaarden wurde über viele Jahre von außen ein schlechtes Image zugesprochen, obwohl er die Integrationsleistung mit Arbeitslosen und Migranten für die Gesamtstadt erledigte..

Seitdem geplant ist, dass er an die Innenstadt angeschlossen werden soll, geht es neuerdings immer darum das Image zu verbessern. Damit sind die diverse Akteure beschäftigt. Einer davon das Büro Soziale Stadt, das seit über zehn Jahren zum festen Bestandteil der „Akteure im sozialen Raum“ gehört. Zunächst hat die Stadt dafür die STEG GmbH Hamburg gemietet und betreibt es jetzt in eigenen Trägerschaft mit den gleichen Mitarbeitern.

Schauen wir auf die Vergangenheit und nach klaren Inhalte mit überprüfbar Zielvorgaben, werden wir nicht fündig. Schauen wir nach den Realitäten ist das Büro bislang am deutlichsten als Initiator des Brunnenfestes aufgetaucht. Dafür bauen die diversen Anbieter von DAA bis AWO, die an diversen geförderten Projekten verdienen ihre Infostände auf und danach wird das Brunnenfest einhellig als gelungen gefeiert – im Stadtteil hat wieder mal was bewegt.

Daneben betreibt das Büro Soziale Stadt „Öffentlichkeitsarbeit“ mit einem farbigen Doppelblatt mit dem anmaßenden Titel „Unser Ostufer“ – als dürften selbst die Habnichte irgendwie mitreden. Präsentiert werden Bilder, der Versuch ein Image zu geben. Über die realen Probleme z.B. Kinderarmut finden wir darin nie etwas. Das Ensemble des Büro Soziale Stadt fährt Schmalspur. Der Vorhang geht auf und wieder zu, damit das Theater am Leben erhalten bleibt.

Zwischendurch Klagen über passive, desinteressierte Menschen., aber nix in der Profikiste. Wie aktiviere ich Menschen? Eine heikle Frage: Wie aktiviere ich Menschen, denen ich keine oder nur unzureichende Handlungsmöglichkeiten biete? Dann doch lieber ein wenig Glanzpapier, ein Werbevideo, ein paar dürftige Versprechungen, ein paar beruhigende und einschläfernde Worte über all die tollen Projekte.

In der Realität gibt es statt sozialer Infrastruktur ein auf materielle Verbesserung gerichtetes Städtebauförderungsprogramm. Im BauGB wird in den Abschnitten des Besonderen Städtebau-rechts definiert, worum es im Programm Soziale Stadt gehen soll. In §171(e) Abs.2 heisst es: „Städtebauliche Maßnahmen der Sozialen Stadt sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebiets, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht. Soziale Missstände liegen insbesondere vor, wenn ein Gebiet auf Grund der Zusammen-

setzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt ist.“

Maßnahmen der Stabilisierung und Aufwertung treffen demnach auf Gebiete mit erheblich benachteiligten Bewohner/innen. Ziel des Programms ist dabei die Stabilisierung des Quartiers – und eben nicht die Verbesserung der Lebenssituation der Benachteiligten. Das müsste sich nicht ausschließen, tut es aber in Gaarden.

Jetzt unter der Regie der Stadt geht es wesentlich um die Verbesserung des Images und der damit zusammenhängenden Öffentlichkeitsarbeit. Gaarden soll zu einem „attraktiven, innerstädtischen Quartier entwickelt werden“, sagt jetzt schon der Sozialbericht 2011

Dazu wird auf Teufel komm raus vernetzt. So dass die immer gleichen Akteure mittlerweile völlig in ihrem Netz gefangen sind. Auch wenn der Sozialbericht unter „Büro Soziale Stadt sagt , das „ die Sozialpolitik ist ein wesentliches Steuerungsinstrument, um auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung in Gaarden hinzuwirken“ (S.15), geht es bei all den „Maßnahmen“ darum, Gaarden an die Innenstadt anzubinden (S.97) und das heißt er muss aufgewertet werden.

Dazu wird ein Wirtschaftsbüro Gaarden eingerichtet, als ob das gesamtstädtische Problem Arbeitslosigkeit, sich in dem betroffenen Stadtteil lösen ließe. Aber wenn es nicht darum geht, worum geht es dann?

Selbst der Sonderfall einer Ökonomie wird entdeckt - die „migrantische Ökonomie“. Das diese rassistische Zuschreibung das Andere, das Fremde - eben das migrantische betont, fällt doch in der Welt der Globalisierung nicht mal auf. Sicher gibt es auch „Migranten“ deren Geld bei der Aufwertung helfen kann und dabei können sie ihre Landsleute dann gleich in das neue Quartier am Stadtrand verdrängen.

Aufwertung muss in der Tat nicht automatisch zur Verdrängung der aktuellen Bewohner führen. In Kiel aber wie anderen Städten, in denen diese Prozesse schon gelaufen sind oder laufen wird allein die Möglichkeit der Verdrängung massiv bestritten. Eine Diskussion darüber soll nicht stattfinden. Dieses mag bei einigen StadtpolitikerInnen und AkteurInnen damit zusammenhängen, dass sie naiv sind und lieber nicht zum Teil der Denkfabrik werden sollten. Verräterisch ist es alle Mal, weil so sicher gestellt wird, dass eine Diskussion nicht stattfindet.

Wir sagen, wir brauchen keine Öffentlichkeitsarbeit, wenn wir den Menschen Teilhabe bieten – keine Werbebroschüren und Images, sondern Teilhabe, Teilhabe, Teilhabe. Das ist des Pudels Kern.

„Entwicklung von stadtteilbezogenen Mietobergrenzen-Regelungen, um einer Konzentration von Transferleistungs-Bezieherinnen/-Beziehern nachhaltig entgegenzuwirken.“

„Förderung der energetischen Sanierung bei Unterkünften nach dem SGB II: Bei energetisch sanierten Wohnungen wird ein Zuschlag zur Kaltmiete in Höhe eines Anteils der ersparten Heizkosten finanziert.“

„Imagekampagne für mehr Identifikation nach innen und außen.“

„ Aufbau einer gezielten Vermarktungsstrategie, wie Wohnen am Wasser.“

(Quelle; Sozialbericht Gaarden 2011 - [http://ratsinfo.kiel.de/ratsinfo/\\_tmp/tmp/45-181-136198096173/198096173/00362998/98-Anlagen/01/Sozialraumbericht11Gaarden.pdf](http://ratsinfo.kiel.de/ratsinfo/_tmp/tmp/45-181-136198096173/198096173/00362998/98-Anlagen/01/Sozialraumbericht11Gaarden.pdf))

# 95 FORDERUNGEN - 18 bis

**18.** Ein Wirtschaftsbüro, das 100.000 Euro an Kleinkrediten vergeben kann, ist bestenfalls ein zynischer Witz.

Statt des Wirtschaftsbüros fordern wir eine Aktivkasse für Gaarden, wo jede und jeder Anträge stellen kann; Budgets), die unbürokratisch vergeben werden würden. Daran knüpft sich die Frage: Wer entscheidet über deren Vergabe (noch mehr Vergabestrukturen schaffen?).

**2.** Schluss mit den bisherigen „Runden Tischen“ und „Akteurstreffen“. Sie werden ersetzt durch einen öffentlichen Runden Tisch, der Verantwortliche und Betroffene von Stadtentwicklungsprojekten gleichberechtigt einschließt.

**3.** Ideen aus dem Stadtteil, statt Bevormundung. Die Bedürfnisse der AnwohnerInnen müssen entscheidender Bestandteil der Planungen werden.

**4.** Keine Privatisierung öffentlicher Räume, Parks, Plätze und Einrichtungen.

**5.** Sämtliche Projekte oder Veränderungsmaßnahmen müssen nachweisen, welchen Nutzen sie für den Stadtteil haben.

**6.** Die angedachte energetische Sanierungen dient nicht der Energieersparnis oder Klimabilanzverbesserung, sie dient der Aufwertung. Über begleitende „Maßnahmen des Jobcenters“ sollen SGB II-Leistungen genutzt werden, um die energetischen Sanierungen Privater zu finanzieren. So kommen Hartz IV Bezieher nicht aus dem Bezug, sondern werden zu „modernen“ Sklaven gemacht.

Um eine angeblich nicht stattfindende Gentrifizierung auszuschließen, wird öffentlich geförderter oder günstiger Mietwohnraum bevorzugt. Der Bau von öffentlich gefördertem Wohnraum darf nicht zu Lasten existierenden, günstigen Wohnraums gehen.

**7.** Die Entwicklung von stadtteilbezogenen Mietobergrenzen-Regelungen, um einer Konzentration von Transferleistungs-Bezieherinnen/-Beziehern nachhaltig entgegenzuwirken ist eindeutig eine Verdrängungsmaßnahme. Sozialwohnungen müssen Sozialwohnungen bleiben, solange das Problem massenhafter Arbeitslosigkeit besteht.

**8**

**16.** „Die Integration der Jugendlichen aus Migrantenfamilien muss mit besonderem Gewicht unterstützt werden, da dies einen unmittelbaren Einfluss auf das zukünftige Leben in unserer Gesellschaft und damit auch in der Kommune hat. Die vorhandenen Potentiale werden häufig nicht erkannt, weiter entwickelt und genutzt, der Zugang zu Bildungs-, Berufs- und Freizeitmöglichkeiten ist erschwert.“ (Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Landeshauptstadt Kiel)

Dieser Feststellungen folgen keine Taten. Dabei fehlt es vor allem an identitätsstiftenden Möglichkeiten, insbesondere für Mädchen und weibliche Jugendliche.

Ein kleiner aber wichtiger Baustein ist hier ein selbstverwaltetes

Jugendzentrum, das einen entsprechenden Rahmen bietet.

Die Stadt stellt das Gebäude und übernimmt die Kosten für die Personen, die dieses Jugendzentrum gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen aufbauen.

Die entsprechenden Personen werden gemeinsam von den Kindern und Jugendlichen und ihren Eltern ausgewählt.

**17. Im Übrigen sind wir dafür, dass Katzheide bleibt.**

# Lorem ipsum gerani moleste

Text hier eingeben

IMPRESSUM  
IniGaarden  
V.i.S.d.P. Mirco Hammer  
Iltisstraße 39  
24143 Kiel  
Email: [sig@gaarden.net](mailto:sig@gaarden.net)  
<https://inigaarden.wordpress.com>